

BRISANT – Prominente Investmentbankerin entlarvt die wahren Hintergründe der Lockdown-Politik!

Dass die Lockdowns keine nachhaltige Lösung bilden, wurde mehrfach bestätigt; selbst von der WHO. (vgl. [ABC News](#)) Am 7. Oktober 2020 berichtete auch die BBC, dass Tausende von Wissenschaftlern und Gesundheitsexperten „*schwere Bedenken*“ über die Lockdown-Politik äussern. Wer sich faktenbasiert und nüchtern mit der Corona-Krise befasst oder einfach die offiziellen Daten konsultiert hat, anstatt sich von der medialen Panikmache beeindrucken zu lassen, müsste längst bemerkt haben, dass die gesundheitliche Lage niemals ein triftiger Grund für die Lockdowns darstellte.

Catherine Austin Fitts, eine Investmentbankerin, die während der Präsidentschaft von George H. W. Bush als stellvertretende Ministerin für Wohnungswesen und Stadtentwicklung amtierte und später im Rahmen von kritischen Analysen aufzeigte, wie die Regierung in grossem Stil öffentliche Gelder missbraucht, erläutert kurz und deutlich, was tatsächlich hinter der weltfremden Lockdown-Politik steckt.

Das alte Finanzsystem hat ausgedient und jetzt muss ein neues her. Die grosse Herausforderung dieses Systemwechsels ist, den Menschen etwas schmackhaft zu machen, das sie eigentlich gar nicht wollen. Natürlich macht man das im Schatten einer Gesundheitskrise. Wie macht man das? Wenn ein paar wenige die Kontrolle über die grosse Mehrheit erlangen wollen, lautet die Frage, wie man die Schafe zur Schlachtbank führt, ohne dass sie es bemerken und weglaufen. Die perfekte Strategie sind unsichtbare Feinde. Unsichtbare Viren sind optimal, da man nicht beweisen kann, dass sie nicht existieren. Zudem erzeugen sie Angst, so dass sich die Menschen Schutzmassnahmen wünschen. Im Prinzip akzeptieren die Menschen ein totalitäres Kontrollsystem unter dem Vorwand, geschützt zu werden. Dabei ist es wichtig, dass sie nicht erkennen, wohin die Reise geht. Das Ziel ist die Abschaffung des aktuellen Finanzsystems und der Übergang in ein zentralisiertes Transaktionssystem, das digitales Zentralbankengeld (CBDC) herausgibt und an die digitale Identität (ID2020) der Menschen angeschlossen ist, wobei sich die digitale Schnittstelle nicht etwa auf einem Smartphone oder einer Karte befinden wird, sondern unter der Haut beziehungsweise direkt im Körper. Im Kern geht es darum den politischen und den wirtschaftlichen Einflussbereich zu konzentrieren und die Menschen physisch an ein zentrales Transaktionssystem zu binden.

Was haben die Lockdowns damit zu tun? Ein typisches Beispiel: Wenn unzählige kleine Betriebe für nicht systemrelevant erklärt werden, um deren Schliessung zu rechtfertigen, können die grossen Konzerne in die Bresche springen und mit nahezu zinsfreien Krediten den Markt übernehmen. So wird das freie Unternehmertum und letztendlich auch das Volk direkt in die Abhängigkeit des Staates gezwungen. Wer dahinter steckt, sei offensichtlich, meint Catherine Fitts.

Ein extrem wichtiger Punkt, der in dieser kompakten Analyse nicht erwähnt wurde, ist das umstrittene *Bail-in-Gesetz* (dt. Gläubigerbeteiligung), das nach der letzten Finanzkrise praktisch weltweit eingeführt wurde; selbst die Schweiz kennt ein solches Verfahren. (vgl. [finma](#)) Ironischerweise soll das eine der wichtigen Lektionen der letzten Finanzkrise gewesen sein. Da grosse Banken (Systembanken) vermeintlich *too big to fail* waren und die Bankenrettung mit öffentlichen Geldern (Bail-out) nicht gut ankam, wurde von denselben „Experten“, die den

Schlamassel massgebend zu verantworten hatten, tatsächlich ein *Bail-in-Verfahren* eingeführt, was konkret bedeutet, dass bei der nächsten Bankenkrise, nicht etwa wieder Steuergelder missbraucht werden, sondern direkt auf vermeintlich private Guthaben zugegriffen werden darf. Wer denkt, dass dies ein schlechter Scherz sei, sollte zur Kenntnis nehmen, dass diese diebische Praxis gemäss [Wikipedia](#) bereits mehrfach angewandt wurde; in Zypern, Portugal und Italien:

In der Zypernkrise im März 2013 war die Hilfe der EU-Staaten für Zypern und die zyprischen Banken explizit an eine Gläubigerbeteiligung geknüpft. Anleger der Banken, die Geldanlagen über 100.000 Euro und damit entsprechende Forderungen gegenüber den Geldinstituten hatten, wurden **ohne ihr Einverständnis** an der Restrukturierung der Banken beteiligt, indem ihre Forderungen um einen Teil von bis zu 50 Prozent gekürzt wurden. Die Massnahme beruhte nicht auf einem Gesetz, sondern auf Vereinbarungen zwischen der EU und Zypern.

Wichtiger Hinweis: Wer während der geplanten Bankenkrise noch Guthaben auf seinem Bankkonto hat, darf demnach legal enteignet werden!

Wer eins und eins zusammenzählt, müsste also erkennen, dass die Banken bald geopfert werden, weil ihre Dienste in der Post-Corona-Zeit schlichtweg nicht mehr gebraucht werden. Doch bevor dies geschieht, werden die Drahtzieher des *Great Resets* wohl noch einmal richtig zuschlagen, um sicherzustellen, dass auch wirklich alle Pleite gegangen sind. Selbstverständlich wird man die Banken für den grossen Raubzug verantwortlich machen, damit das digitale Zentralbankengeld als eine passable Lösung präsentiert werden kann. Vielen wird wohl auch nichts anderes übrig bleiben, weil sie sich nach der Corona-Krise vollkommen mittel- und arbeitslos in der Staatsabhängigkeit befinden werden. Die Falle ist perfekt und, wenn der Staat dann obendrauf noch ein verlockendes Grundeinkommen (UBI) verteilt, werden viele Menschen der Versuchung nicht widerstehen können. Das trojanische Geschenk wird jedoch einen diabolischen Haken haben, denn für diejenigen, die sich nicht wie ein Haustier chippen lassen oder keine Giftspritzen wollen, soll es in der Post-Corona-Zeit keinen Platz mehr geben.

Ob Donald Trump diese Entwicklung vorausgesehen hatte, als er damit begann, den *Dodd-Frank-Act* rückgängig zu machen? (Der *Dodd-Frank-Act* war die zwielichtige Antwort der Obama-Administration auf die letzte Finanzkrise, die unter anderem das ominöse *Bail-in-Verfahren* beinhaltet.) Wenn man bedenkt, dass die Wiederherstellung dieses Gesetzes eine der ersten Amtshandlungen der Biden-Administration war, könnte man daraus schliessen, dass Trump tatsächlich versucht, den *Great Reset* zu verhindern. Was auf der anderen Seite absolut nicht ins Bild passt, ist, dass er die Giftspritzen empfiehlt. (Immerhin ist er gegen den Impfwang.)

Fazit: Was prominente Handlanger der sogenannten Weltelite seit Jahrzehnten offen als NWO (New World Order, Neue Weltordnung) bezeichnen, wird seit der inszenierten Corona-Krise als *Great Reset* besprochen. Sie geben offen zu, dass das aktuelle System gescheitert ist und dass sie es durch einen „grünen“ Weltsozialismus ersetzen möchten. Was sie jedoch nicht an die grosse Glocke hängen, ist, dass die Einführung eines totalitären Systems von Anfang an ihr Ziel war. Dass dem so ist, erkennt man an den schwachen Argumenten, die als Begründung für den *Great Reset* angebracht werden. Die Theorie, dass der Klimawandel durch den anthropogenen CO₂-Ausstoss verursacht wird, ist bis *dato* nicht wissenschaftlich belegt und voller Ungereimtheiten. Dass das aktuelle Finanzsystem versagen wird, ist bereits seit Jahrzehnten bekannt. Interessanterweise wurden dessen Kritiker bislang immer ignoriert und heute wird so getan, als ob man nie davon

gewusst hätte. Sogar die angebliche Pandemie, die als Auslöser für den *Great Reset* benutzt wird, hat sich unlängst als plumpe Zeitungssente entlarvt, doch die Drahtzieher scheinen sich irgendwie sicher zu sein, dass ihr Plan aufgehen wird. Sie gehen wohl davon aus, dass sich die Bevölkerung nach beziehungsweise wegen der Corona-Krise in grosser Not befinden wird und die angebotene Lösung entsprechend dankend annehmen wird. Gemäss einer [Simulation der Johns Hopkins University](#), die bereits 2017 als „THE SPARS PANDEMIC“ veröffentlicht wurde und sich wie ein Drehbuch für die aktuelle Corona-Krise liest, waren die Drahtzieher von Anfang an auf einen massiven Widerstand vorbereitet und scheinen diesen eigentlich auch in Kauf zu nehmen. Laut diesem Szenario werden die Behörden sogar eingestehen, dass sie aus Unwissenheit und Angst vor der Pandemie überreagierten, was zu Entlassungen und Rücktritten führen wird, doch das Ziel wird erreicht, denn nach drei Jahren Pandemie ist der wirtschaftliche Schaden so gross, dass ein radikaler Systemwechsel präsentiert werden kann.

Das Motto der Globalisten lautet nicht umsonst „*Build back better*“.

Das Prinzip ist ganz einfach, man zerstöre den aktuellen *Status quo*, um anschliessend einen neuen einführen zu können, der zuvor niemals akzeptiert worden wäre. Das WEF und andere einflussreiche NGOs zeigen uns in ihren verlogenen Werbeslogans genau, wohin die Reise gehen soll: „*Du wirst nichts besitzen. Und du wirst glücklich sein.*“

In Tat und Wahrheit wird jedoch eine Scheinutopie vermarktet; ein falsches Paradies, das wir ahnungslos begrüessen sollen, ohne zu bemerken, dass wir uns in ein System begeben, das von KI (künstliche Intelligenz), Technokraten und einer Handvoll Konzernen kontrolliert wird.

Wer dem *Great Reset* entkommen will, sollte also unbedingt sein Eigentum schützen und versuchen, möglichst nicht vom Staat abhängig zu werden oder noch besser wäre, an einer Alternative zu arbeiten, damit die Menschen eine faire Wahl haben.

<https://www.legitim.ch/post/brisant-prominente-investmentbankerin-entlarvt-die-wahren-hintergr%C3%BCnde-der-lockdown-politik>